

Nr. 015

Kommunalen Spitzenverbände und Ausschuss der Regionen sprechen sich für Fortführung der europäischen Regionalpolitik aus

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 20.12.2017 informierten der Deutsche Städtetag (DST), der Deutsche Landkreistag (DLT), der Deutsche Städte und Gemeindebund (DStGB) und der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) über die am 15.12.2017 erfolgte Unterzeichnung einer gemeinsamen Grundsatzerklärung zur Allianz für die Kohäsionspolitik.

Die drei kommunalen Spitzenverbände sprechen sich dabei für einen Erhalt der Europäischen Regionalpolitik auch in der kommenden Förderperiode nach 2020 aus. „Durch den erwarteten Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union muss künftig mit Kürzungen im Haushalt der EU gerechnet werden, die gerade in wirtschaftlich stärker entwickelten Mitgliedstaaten dazu führen könnten, dass die zur Verfügung stehenden Mittel deutlich reduziert werden“, so die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände Helmut Dedy (DST), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (DLT) und Dr. Gerd Landsberg (DStGB). „Durch die Unterzeichnung der Erklärung wollen wir deutlich machen, dass die europäische Strukturpolitik in den deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden wichtige Impulse setzt und die Zuschussförderung trotz erwarteter Kürzungen flächendeckend erhalten bleiben muss.“

Die europäischen Mittel würden in vielfältiger Art und Weise für Infrastrukturprojekte und zur Unterstützung von Unternehmen eingesetzt, von denen die Bürger unmittelbar profitierten. „Dies stärkt auch den europäischen Zusammenhalt und das entsprechende Bewusstsein, da diese Mittel vor Ort sichtbar zur Verbesserung der Lebensverhältnisse eingesetzt werden“, so die Hauptgeschäftsführer. Der Präsident des AdR, Karl-Heinz Lambertz, begrüßte die Unterzeichnung der Grundsatzerklärung durch die drei kommunalen Spitzenverbände: „Ich freue mich, dass die kommunale Ebene in Deutschland ein starkes Signal für den Erhalt der Europäischen Regionalpolitik setzt. Die Kohäsionspolitik sorgt für Investitionen in Infrastrukturen und Humankapital durch einen partizipativen Ansatz, mit dem regionale, lokale und zivilgesellschaftliche Akteure zur Gestaltung regionaler und europäischer Integration beitragen, mit einem klaren europäischen Mehrwert. Wir werden zusammenarbeiten, um diese Politik nach 2020 nicht nur zu verteidigen, sondern auch zu verstärken.“

Hintergrund:

Befürworter der EU-Kohäsionspolitik aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten haben sich zu einer Allianz für die Kohäsionspolitik zusammengeschlossen, weil sie der Ansicht sind, dass diese Politik auch weiterhin eine tragende Säule für die Zukunft der EU sein sollte. Die Allianz wurde durch die Zusammenarbeit zwischen den führenden europäischen Verbänden von Kommunen und Regionen und dem Europäischen Ausschuss der Regionen ins Leben gerufen.

Die Erklärung ist im Internet verfügbar unter

<http://cor.europa.eu/en/takepart/Documents/Declaration/COR-2017-03633-17-00-NB-TRA-de.pdf>

Derzeit wird die neue Förderperiode der EU ab 2020 inhaltlich und konzeptionell vorbereitet (*siehe hierzu u.a. auch KNSA-Beitrag Nr. 417/2017 vom 24.10.2017*). Durch die Krisen der EU, wie den Austritt Großbritanniens, aber auch die Entwicklungen in einigen osteuropäischen Mitgliedsstaaten, gerät auch die Kohäsionspolitik in die Diskussion. Es gibt Stimmen, die den Wert einer Politik zur Förderung des wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts (Kohäsion) niedriger ansetzen, was sich nachteilig auf die Ausstattung und Bedingungen der Kohäsionspolitik auswirken kann. Davon wäre besonders die kommunale Ebene nachteilig betroffen.

Der DStGB ist daher zusammen mit dem DST und dem DLT der „Allianz für die Kohäsionspolitik“ <http://cor.europa.eu/en/takepart/Documents/Declaration/COR-2017-03633-17-00-NB-TRA-de.pdf> beigetreten. Die EU-Regionalpolitik trägt dazu bei, die Wirtschaftskraft der schwächsten Regionen in Europa anzuheben und die Entwicklungsbedingungen aller Regionen zu verbessern. Das ist ein Ausdruck gelebter europäischer Solidarität, die sich in vielen kommunalen Projekten verwirklicht. Um diese Idee, gerade in den jetzigen Zeiten, zu verstetigen, muss es auch nach 2020 eine kraftvolle EU-Regionalpolitik geben, die auch mit geförderten Investitionen langfristig europäische Impulse in der Regionalpolitik setzt.

KNSA 015/2018 vom 18.01.2018 pa-ri